Geschrieben von: Lorenz
Samstag, den 13. April 2013 um 05:26 Uhr

Erneute Unterrichtung im Justiz-Untersuchungsausschuss beantragt

Otto Deppmeyer sieht sich von grüner Ministerin unzureichend über Neonazi-Netzwerk in den Gefängnissen informiert

Hameln/Hannover (wbn). Werden wichtige Erkenntnisse über die Neonazi-Szene in den niedersächsischen Vollzugsanstalten zurückgehalten?

Der heimische Landtagsabgeordnete und justizpolitische Sprecher Otto Deppmeyer (CDU) hat zusammen mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Mechthild Ross-Luttmann der neuen niedersächsischen Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne) eine unzureichende Information über das sogenanntes „Neonazi-Netzwerk“ in Gefängnissen vorgeworfen. Anlässlich neuer Presseberichte über ein Neonazi-Netzwerk in Justizvollzugsanstalten fragt die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Mechthild Ross-Luttmann: „Hätte das Justizministerium bei sorgfältiger Recherche den Unterausschuss Justizvollzug nicht umfassender informieren können?"

Fortsetzung von Seite 1

Die CDU-Landtagsfraktion hatte dort eine Unterrichtung über die Verbindungen dieses Netzwerkes nach Niedersachsen beantragt. Der justizvollzugpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Otto Deppmeyer, ergänzte: „Das Ministerium hat dort aber nur von zwei Verdachtsfällen berichtet." Über diesen zusätzlichen und nun anscheinend bestätigten Verdacht habe das Justizministerium hingegen nicht informiert. Die rechtsextreme Szene müsse umfassend überwacht werden, so Ross-Luttmann.

Das entdeckte Neonazi-Netzwerk in Jugendvollzugsanstalten und der Gefangenenrundbrief, den ein Neonazi aus Wittmund laut Medienberichten betreiben soll, zeigten deutlich, dass man rechtsextreme Gefangene ebenfalls beobachten müsse. Die CDU-Landtagsfraktion werde hierzu eine erneute Unterrichtung am Rande des anstehenden Landtags-Plenums im Unterausschuss für Justizvollzug beantragen, so Deppmeyer.